

Jürgen Kerner, 1. Mai 2022 in Saarbrücken



Jürgen Kerner,  
Hauptkassierer der IG Metall

# Rede zum Tag der Arbeit 2022

Saarbrücken  
1. Mai 2022

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

mit Euch gemeinsam im Demozug zum Saarbrücker Schloss zu gehen – das war jetzt ein richtig gutes Gefühl. Nach über zwei Jahren Pandemie ist das etwas ganz Besonderes. Wir stehen zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich wirklich, dass ich heute bei euch in Saarbrücken bin. Ihr zeigt, dass Solidarität das Band ist, das uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zusammenschweißt.

Ein Journalist hat mich heute Morgen gefragt, ob der 1. Mai noch zeitgemäß ist? Für mich ist klar, solange in unserem Land Menschen durch ihre Arbeit nicht ihr Leben in Würde finanzieren können – solange gilt es, am 1. Mai öffentlich für unsere Interessen einzutreten.

„GeMAInsam Zukunft gestalten“ – das ist unser Motto zum 1. Mai 2022. Solidarität bleibt unsere Kraft! Internationale Solidarität gegen Krieg und Faschismus! Für Frieden jetzt.

Den 1. Mai begehen wir in einer verdammt ernsten Situation. Corona und der schreckliche Krieg Russlands gegen die Ukraine zeigen schonungslos unsere Versäumnisse. Deutschland hinkt in vielen Zukunftsfragen hinterher.

Zu lang glaubten wir uns in Sicherheit: ökonomisch, geopolitisch und technologisch. Aber es hilft uns nicht, die Fehler der Vergangenheit zu beklagen und nach Schuldigen zu suchen. Jetzt müssen wir handeln. Nicht aktivistisch, sondern schnell und mutig. Nicht planlos und getrieben, sondern konsequent und analytisch. Unser Blick geht nach vorn: Wir müssen JETZT auf die Höhe der Zeit kommen.

Kolleginnen und Kollegen!

Wir erleben gut zwei Jahre Pandemie – und jetzt zwei Monate Russlands Krieg in der Ukraine. Der strukturelle Wandel unserer Branchen – angetrieben vom unabdingbaren Klimaschutz, von Digitalisierung, von der demografischen Entwicklung, von Geopolitik

und Geoökonomie – diese gewerkschaftlichen Herausforderungen haben sich durch die Pandemie und durch den Krieg so richtig verschärft.

Und vergessen wir nicht: Wir leben im Kapitalismus. Und Kapitalismus ist kein Ponyhof. FairWandel – fairer Wandel – ist als IG Metall unsere Antwort darauf. Wir wollen einen ökologischen, sozialen und demokratischen Wandel unserer Wirtschaft!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

keiner, wirklich keiner von uns hätte gedacht, dass die Welt von einer Pandemie lahmgelegt wird.

Gesundheit schützen, Beschäftigung sichern, wirtschaftlichen Absturz verhindern – darum kämpfen wir nun seit über zwei Jahren. Ihr habt in den Betrieben, wir als Gewerkschaften haben gegenüber der Politik schnelles und entschlossenes Handeln gezeigt.

In vielen, vielen Betrieben haben wir verhindert, dass die weltweite Verbreitung des Virus die Menschen ihrer Existenzgrundlagen beraubt.

Ihr habt in euren Betrieben durchgesetzt, dass Schichten entzerrt, Abstandsgebote und Hygieneregeln eingehalten werden. Wir haben erfolgreich das Kurzarbeitergeld erhöht und in vielen Tarifverträgen Aufstockungen durchgesetzt.

Wir kämpfen für die Kolleginnen und Kollegen in der Pflege und haben eine steuerfreie Sonderzahlung von bis zu 1.500 Euro erreicht – als allerersten Schritt für die Aufwertung der Gesundheits- und Pflegearbeit. Ohne uns wäre die Wirtschaft in die Grütze gefahren, Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben aber als Gesellschaft bittere Erkenntnisse zu verbuchen: Von der Versorgung mit Masken bis zu den Krankenhäusern, von der Kinderbetreuung bis zum digitalen Unterricht: Corona hat uns eiskalt erwischt. Ich habe mir teilweise die Augen gerieben: Niemals hätte ich mir ausgemalt, wie schlecht wir im Jahr 2020 aufgestellt sind.

Im Gesundheitswesen ist verdammt viel falsch gelaufen. Das Pflegepersonal leidet unter miesen Arbeitsbedingungen, wird meist schlecht bezahlt – und muss aber immer mehr Leistungen erbringen. Notwendig sind endlich verbindliche Personalvorgaben, die dem tatsächlichen Pflegebedarf entsprechen und zwingend eingehalten werden müssen.

Der Druck auf die Arbeitgeber ist noch zu gering. Nur ein Drittel der Altenpflegeheime zahlen nach Tarif. Aber ein bundeseinheitlicher Tarifvertrag für die Altenpflege konnte gegen Caritas und Diakonie nicht durchgesetzt werden. So darf es nicht weitergehen, Kolleginnen und Kollegen!

Es kann auch nicht sein, dass Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher allein dastehen mit den Auswirkungen der Pandemie. Eine Generation Corona darf es nicht geben. Fehlende Ausbildungsplätze, verschleppte Prüfungen, ein erschwerter Lernalltag, existenzielle Nöte – das darf nicht zum negativen Game Changer für die jungen Menschen und ihre Zukunft werden!

Wir haben gemerkt, wie wichtig die Kolleginnen und Kollegen in den Krankenhäusern, den Schulen, der Logistik, im Einzelhandel, in den Gaststätten sind. Sie können nicht ins Homeoffice, ohne sie bricht unsere tagtägliche Versorgung zusammen. Sie setzen ihre Gesundheit aufs Spiel, um ihre Arbeit zu verrichten. Das sind die Leistungsträger in unserer Gesellschaft! Nicht die Investmentbanker.

Kolleginnen und Kollegen, unterm Strich lautet eine zentrale Lehre aus der Pandemie: Die privatwirtschaftliche Organisation vieler Teile des Gesundheitssystems war falsch! Der Markt richtet hier überhaupt nichts. Im Gegenteil: Der Markt hat hier Schlimmes angerichtet.

Kolleginnen und Kollegen,

und dann brachte Putin den Krieg wieder nach Europa. Am 24. Februar hat Russland die Ukraine überfallen. Eine weitere Gewissheit wird aktuell in Grund und Boden gebombt. Diplomatie stieß auf taube Ohren.

Putin tritt das Völkerrecht, tritt Menschenrechte mit Füßen und bringt unsägliches Leid über die Menschen in der Ukraine. Mit Mord, Vergewaltigung, Flucht und Vertreibung, brutaler Zerstörung.

Kolleginnen und Kollegen, der russische Angriffskrieg zeigt: Kapitalismus und Wandel durch Handel werden die Barbarei nicht verschwinden lassen. Die Arroganz des Stärkeren, der Wille zu imperialistischer Ausdehnung, die ganze Rücksichtslosigkeit eines autokratischen Regimes – all das zeigt sich in den Städten und Dörfern der Ukraine.

Schätzungen zufolge sind über fünf Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen, meist Frauen und Kinder. Als Gewerkschaften sind wir uns mit Sozialminister Hubertus Heil und den Sozialverbänden einig: Geflüchtete sollen schnell auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß fassen. Wir müssen zügig längerfristige Aufenthaltstitel und die rasche Anerkennung von Berufsabschlüssen klären, Sprach- und Beratungsangebote ausweiten.

Mir erschien ein brutaler Angriffskrieg auf einen europäischen Nachbarstaat völlig undenkbar. Der Krieg in der Ukraine fordert uns heraus, in ungewissen Zeiten Position zu beziehen, eine klare Haltung zu zeigen – aber auch innezuhalten, abzuwägen und die Konsequenzen unseres Handelns zu durchdenken! Was macht das mit unserem Grundsatz und unserer Haltung, uns für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung einzusetzen?

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter setzen uns für eine europäische Struktur für Frieden und Sicherheit ein. Frieden ist mehr als nur die Abwesenheit von Krieg! Die EU muss zum Motor von Abrüstungsinitiativen und Konfliktvermeidung werden. Wer Frieden will, muss Diplomatie betreiben, die internationale Zusammenarbeit und das Völkerrecht stärken, muss den Klimawandel bekämpfen und für soziale Sicherheit und Bildungschancen aller Menschen eintreten!

Doch außer Frage steht auch, dass jedes souveräne Land ein Recht auf Selbstverteidigung hat. Bis dieser schreckliche Krieg beendet ist, stehen wir als Europäerinnen und Europäer in der Verantwortung, den Ukrainerinnen und Ukrainern zu helfen. Wir sollten dazu beitragen, dass sie ihr Recht auf Selbstverteidigung auch wahrnehmen können. Dazu gehört für mich auch die Unterstützung durch die Lieferung von Verteidigungswaffen.

Es ist ein schmaler Grat zwischen der Unterstützung der Ukraine und der Gefahr, selbst aktive Kriegspartei zu werden. Generell ist auch deshalb ein abgestimmtes Vorgehen mit unseren Partnern notwendig und sinnvoll.

Der Ukraine-Krieg darf nicht als Anlass für eine neue Aufrüstungsspirale missbraucht werden! Wir lehnen das ab. Fakt ist: Die Bundeswehr wurde in den vergangenen Jahren kaputtgespart, das Material ist verschlissen. Oft mangelt es an den elementarsten Dingen wie warmer Kleidung, Funkgeräten oder Nachtsichtgeräten sowie Ersatzteilen.

Wir brauchen eine Bundeswehr, die als Verteidigungsarmee funktioniert, ihren Auftrag nach dem Grundgesetz erfüllt und in diesem Sinne ertüchtigt wird. Es geht um Ausrüstung und nicht um Aufrüstung. Dafür braucht es eine dauerhaft gesicherte Finanzgrundlage – nicht mehr und nicht weniger.

Gleichzeitig muss ein neuer – weltweiter – Rüstungswettlauf verhindert werden. Deshalb lehnen wir auch das Zwei-Prozent-Ziel der NATO ab.

Wir akzeptieren höhere Kosten, wenn sie zur Stärkung der Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit erforderlich sind. Wir brauchen aus meiner Sicht eine europäische Sicherheitspolitik.

Viele Staaten haben harte Sanktionen gegen Russland verhängt. Sanktionen, die auch uns treffen. Mangel an Energie, Rohstoffen, Vorprodukten, Probleme bei Lieferketten, Transport, Logistik.

Was wir aus der Pandemie kennen, verschärft der Krieg. Wir haben uns zu abhängig gemacht – sicherheitspolitisch von den USA, wirtschaftspolitisch von China und energiepolitisch von Russland.

Diese Situation ist nicht vom Himmel gefallen! Sie ist Ergebnis von Entscheidungen – Entscheidungen in den Unternehmen und in der Politik. Das rächt sich bitter.

Risiken wurden ignoriert und weggewischt – den Unternehmen ging es allein um Profit. Hauptsache billig und just in time.

Das Ergebnis: Rohstoffe und Vorleistungen kommen zu oft von einem einzigen Unternehmen, aus einer einzigen Region, aus einem einzigen Land. Staaten wohlgerne, die fast durchgehend autokratisch sind.

Bis 2021 nannten sie das, die Vorteile der Globalisierung zu nutzen. Jetzt wissen wir, dass sie verheerende Fehler gemacht haben – Fehler, die die Menschen ausbaden, als Verbraucherinnen und Verbraucher, als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wenn die Unternehmen jetzt nicht Kompetenzen und Arbeit zurückholen, Zulieferkapazitäten in Europa entwickeln, bei Rohstoffen diversifizieren, sich Versorgungsalternativen in verschiedenen Weltregionen aufbauen, wird uns das sehr teuer zu stehen kommen.

Und wir brauchen den Stahl, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Keine Industrie prägt das Saarland mehr. Kaum ein Werkstoff hat die Industrie so verändert und ganze Zeitalter geprägt. Mit Stahl beginnt – fast – alles: Autos, Schiffe, Windräder, Pumpen oder Turbinen. Die Stahlindustrie steht am Beginn dieser Wertschöpfungsketten und sichert die industrielle Basis im Saarland, in Deutschland und in ganz Europa. Stirbt diese Industrie, tut auch das Saarland als Industriestandort seinen letzten Schnaufer.

Soweit ist es aber noch nicht, Gott sei Dank! Stahl ist Zukunft – das ist unser Motto, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Stahlindustrie muss auf grüne Produktion umgestellt werden. Die entsprechenden Konzepte liegen längst vor, es könnte heute losgehen, die Klimaziele wären erreichbar. Nachhaltigkeit im Kopf zu haben und zeitgleich an Arbeitsplätze denken, das ist doch kein Widerspruch!

Dafür braucht es den Staat. Milliarden an Investitionen und höhere operative Kosten müssen gefördert werden. Wir brauchen keine warmen Worte, wir brauchen Taten, die die Zukunft des Stahls wirklich sichern.

In der Hochofenroute muss zukünftig Wasserstoff als Reduktionsmittel eingesetzt werden.

Auf der Elektroofenroute muss der konventionelle Strom durch Strom aus erneuerbaren Energien ersetzt werden. Das ist alles möglich, aber: Ohne vernünftige und verbindliche Zusagen aus Berlin und Brüssel kann der Wandel nicht geschehen.

Wir brauchen den Treibstoff für die Transformation. Das ist uns in den letzten Wochen ganz klar vor Augen geführt worden. Wir brauchen grünen Wasserstoff und den gibt es – zumindest in Deutschland – noch nicht genügend.

Seit Jahren fordern wir den schnellen Ausbau von Wasserstoff. Die letzte Regierung hat eine – gute – Wasserstoffstrategie vorgelegt. Dann war die Luft raus. Die Ampel muss nun umsetzen, umsetzen, umsetzen.

Erdgas als Übergang, dann Stück für Stück durch Wasserstoff ersetzen – dieser Weg geht nicht mehr. Das hat der Angriffskrieg auf die Ukraine deutlich gemacht.

Es gibt hier nur eine Antwort: Wir müssen den Ausbau von erneuerbaren Energien mit Hochdruck vorantreiben.

Als IG Metall sagen wir selbstbewusst: Wir werden diese Arbeitsplätze sichern. Wir wollen die Stahlindustrie so aufstellen, dass Sie zukunftsfähig wird und industrieller Motor unseres Landes bleibt.

Kolleginnen und Kollegen, lasst es mich aber nochmal klar und eindeutig sagen: Es braucht jetzt verbindliche Zusagen von der Politik – anderenfalls droht ein erheblicher Verlust von Arbeitsplätzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Automobilindustrie stellt auf Elektromobilität um. So notwendig das ist, die Beschäftigten brauchen Sicherheit im Wandel.

Für das Saarland ist Ford in Saarlouis mit seinen vielen Zulieferern ein ganz wichtiger Faktor. Die Belegschaft erlebt die Versäumnisse gerade ganz konkret.

Ford will, dass die Werke, die Belegschaften, die Regionen und die Länder gegeneinander antreten und sich einen Wettbewerb um die Produktion eines E-Modells liefern. Ford will sie alle in einen Dumping-Wettbewerb zwingen. Wer die geringsten Kosten, die geringsten Löhne, die geringsten Steuern und Abgaben, aber die meisten Subventionen anbietet, der gewinnt.

Das ist praktisch die Aufkündigung der Sozialpartnerschaft. Kolleginnen und Kollegen, das ist asozial!

Und das ist unternehmerisch saudumm!

Denn Ford würde damit verlässliche und eingespielte Produktionsstrukturen zerstören. Die Erfahrung, das Wissen, das Können von Tausenden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wäre von heute auf morgen für das Unternehmen verloren.

Das käme einer massiven Vernichtung von Kapital gleich! Das wäre irre!

Und ja, das wäre für die Beschäftigten, für ihre Familien, für die Zulieferer und für die ganze Wirtschaft, das Handwerk, den Einzelhandel, den Metzger, Bäcker und Gastwirt ein tiefer Einschnitt – im Saarland oder in Valencia.

Alle verlieren. Das Dümme, was sich ein Unternehmen einbrocken kann. Gerade wenn alle gewinnen können: die Regionen, die Beschäftigten – und Ford.

Dazu ist natürlich viel Gehirnschmalz notwendig; das erfordert deutlich mehr Grips als ein banaler Standortwettbewerb; da sind Arbeit, unternehmerische Kompetenz und Mut gefragt.

Und daran fehlt es dem Ford-Management offenbar gewaltig, Kolleginnen und Kollegen!

Wir sagen: Beide Standorte brauchen eine Perspektive, damit Ford den Weg in die Elektromobilität in Europa schaffen kann. Aufbauend auf dem gemeinsamen Verständnispapier mit dem Europamanagement vom Dezember 2020.

Die Alternative ist Arbeitskampf und zwar mit harten Bandagen. Das sage ich deutlich an die Adresse von Ford. Die Belegschaften der deutschen Standorte werden zusammenhalten.

Wir brauchen auch die Unterstützung der Bundesregierung. Olaf Scholz war vor der Bundestagswahl am Standort und hat sich informiert. Ich bin mir sicher, dass wir uns jetzt auf seine Unterstützung verlassen können! Er hat auch bereits Gespräche mit Verantwortlichen geführt.

Wir werden das Motto „GeMAInsam Zukunft gestalten“ dann im Arbeitskampfmodus starten. Und zwar so, wie es das Top-Management in den USA und in Europa noch nicht erlebt hat.

Kolleginnen, und Kollegen,

Transformation, Corona, Krieg in der Ukraine – selten standen wir vor so großen Herausforderungen.

Wir werden mit harten Erkenntnissen und Entscheidungen leben müssen. Und aus unseren Fehlern lernen. Uns hilft nur der Blick nach vorn.

Wir können unser Leben nicht länger dem Markt überlassen, nicht den Entscheidungen eindimensionaler CEOs, die ihr Handeln allein an der Rendite ausrichten.

Der Markt richtet es nicht. Notwendig sind eine kohärente Industrie- und Branchenpolitik, mehr Mitbestimmung und eine neue Sozialpolitik.

### **Und nun? Was tun?**

Kolleginnen und Kollegen, auch wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssen uns besinnen:

**Wir müssen Friedenspolitik und internationale Solidarität ausbauen.** Und weltweite Abrüstung einfordern. Als Gewerkschaften sind wir Teil der Friedensbewegung. Kriege treffen immer die Unschuldigen am heftigsten. Sie werden ausgebombt und gequält.

Wir sind solidarisch mit den freien Gewerkschaften auf der ganzen Welt. Die Umsetzung des Lieferkettengesetzes ist ein Baustein dazu. Wir unterstützen die konkrete Gewerkschaftsarbeit in Ländern, wo Arbeitsbedingungen schlecht sind und Arbeitnehmerrechte missachtet werden. Und wir helfen verfolgten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern.

### **Wir fordern die Unternehmen auf, sich den Gewerkschaften in Tarifverhandlungen zu stellen.**

So geht Sozialpartnerschaft, Kolleginnen und Kollegen. Das ist kein Bällebad. Aber Arbeitgeberverbände, die die OT-Mitgliedschaft anbieten, und Unternehmen, die die OT-Mitgliedschaft wählen, legen Hand an den betrieblichen und den sozialen Frieden!

Der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen. Öffentliche Aufträge können nur an Unternehmen gehen, die sich an Tarifverträge halten. Die Ampel hat unsere Forderung aufgegriffen und im Koalitionsvertrag eine Tariftreueregelung für Vergaben des Bundes beschlossen. Endlich!

**Wir bauen unsere Tarifpolitik weiter aus.** Konsequenter und innovativer, Kolleginnen und Kollegen. Ich finde es immer wieder ulkig, wenn uns andere vorschreiben wollen, was wir fordern dürfen. Als ob wir unsere Forderungen aus der Luft greifen. Nein,

Kolleginnen und Kollegen, wir als DGB-Gewerkschaften betreiben sehr ernsthafte Tarifpolitik.

Die IG Metall kämpft aktuell in der Stahlindustrie. Die Forderung liegt bei 8,2 Prozent.

Die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie wird sich im zweiten Halbjahr zuspitzen. Die die Erwartungshaltung ist klar: Es braucht eine Erhöhung des Monatseinkommens!

Wenn wir die Arbeitgeber in Tarifverhandlungen nicht überzeugen, dann machen wir das eben vor den Werkstoren!

Kolleginnen und Kollegen, **wir führen die Mitbestimmung ins 21. Jahrhundert.**

Das Betriebsverfassungsgesetz, das die Mitbestimmung durch Betriebsräte regelt, hat in diesem Jahr gleich zweimal Geburtstag: 1952 in Kraft getreten, wurde es 1972 von der damaligen sozialliberalen Koalition zum letzten Mal grundlegend modernisiert. 1972 galten Faxgeräte noch als Zukunftstechnik.

Höchste Zeit also, um das Betriebsverfassungsgesetz fit zu machen für das 21. Jahrhundert. Zumal sich auch noch die Berichte über die Behinderung von Betriebsratsarbeit häufen.

Das lassen wir uns nicht bieten, Kolleginnen und Kollegen! Gegen Union Busting gehen wir im Einzelfall vor. Die betriebliche Mitbestimmung muss gleichzeitig gesetzlich gegen Übergriffe von Arbeitgebern gesichert werden.

Die DGB-Gewerkschaften schlagen deshalb eine Gesetzesänderung vor, um Betriebsratswahlen zu erleichtern, Arbeitgeberschikanen gegen Betriebsratsgründungen einen Riegel vorzuschieben und Betriebsräte zu stärken.

Mehr Mitbestimmung – mehr Demokratie im Betrieb: Dafür setzen wir uns ein, Kolleginnen und Kollegen!

**Und wir stärken die gewerkschaftliche, arbeitnehmerorientierte Industrie- und Branchenpolitik.**

Wir sehen gerade stark beeinträchtigte Lieferketten, wir sehen deutliche Versorgungsengepässe.

Das zwingt uns, mehr als bisher auf branchen- und industriepolitische Zusammenhänge zu blicken. Wer hätte gedacht, dass fehlende Kabelbäume aus der Ukraine die Automobilindustrie lahmlegen? Wer wusste, dass Neon für die Halbleiterproduktion vor allem aus der Ukraine kommt?

Wir fragen uns: In welche Abhängigkeiten haben uns die Konzernchefs denn noch gebracht? Rendite ging offensichtlich immer vor Nachhaltigkeit!

Deutschland kann führend in nachhaltigen Zukunftstechnologien werden. Hier sind die Arbeitsplätze von Morgen. Nutzen wir Klimaschutz und die dafür notwendige Energie- und Verkehrswende, um neue, hochwertige Beschäftigung zu schaffen!

Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, dazu gehört eine massive Investitionsoffensive, um Wertschöpfungsketten zu modernisieren und klimafreundlichen Innovationen zum Durchbruch zu verhelfen.

**Wir müssen zudem den Sozialstaat weiterentwickeln, Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen und die Arbeitswelt der Zukunft gestalten.**

Kurzum: Wir müssen Sicherheit im Wandel garantieren. Die Corona-Krise hat gezeigt: Das neoliberale Mantra vom „schlanken Staat“ ist gescheitert. Wir brauchen starke Sozialversicherungen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und einen Ausbau der sozialen Infrastruktur.

Arbeit verändert sich. Ohne klare Regeln führt das für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schnell zu Wildwuchs.

Wir wollen das Gegenteil: Faire Arbeitszeitmodelle, klare Regeln für Homeoffice und mobiles Arbeiten und krisensichere Instrumente wie Kurzarbeit. Und: Wir wollen faire Einkommen. Deshalb sind mehr Tarifverträge, ein höherer Mindestlohn und stabile Renten zentrale Punkte für uns.

Und damit auch das klar ist, Kolleginnen und Kollegen:

**Die finanziellen Folgen von Krise, Krieg und Transformation dürfen nicht auf die Beschäftigten abgewälzt werden.**

Schon jetzt sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am meisten belastet. Inflation und Energiekosten fressen die Einkommen auf. Die Politik muss schnell und mutig handeln!

Wir sagen: Runter mit der Stromsteuer auf das europarechtlich vorgegebene Minimum; durch eine befristete Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas, die direkt an die Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben wird.

Und hoch mit den Leistungen für Strom und Heizung in der sozialen Grundsicherung, mit Ergänzungen für Rentnerinnen, Rentner und Studierende.

Wir dürfen auch unsere energieintensiven Unternehmen etwa in der Stahlindustrie nicht vergessen.

Sie sind auf wettbewerbsfähige Gas- und Industriestrompreise angewiesen, um Standorte und Beschäftigung zu sichern und klimaneutrale Technologien, Verfahren und Produkte in Deutschland entwickeln zu können. Dafür müssen wir Energiepreise dringend auf international wettbewerbsfähigem Niveau deckeln.

Kolleginnen und Kollegen,

die richtigen und notwendigen Investitionen durch Corona und Krieg werden nicht leicht zu schultern sein. Auch die sozialökologische Wende und der Umbau unserer Industrie sind nicht umsonst zu haben. Wir müssen richtig viel Geld in die Hand nehmen.

Und machen wir uns nichts vor: Über die aktuellen Steuern und Kreditaufnahmen werden wir das nicht stemmen.

Als erste Schritte müssen wir die Möglichkeiten zu einer staatlichen Kreditfinanzierung innerhalb der Europäischen Union erweitern und die Ausnahmeregelungen zur Schuldenbremse über das Jahr 2023 hinaus verlängern.

Selbst das wird aber nicht reichen. Deshalb sagen wir laut und deutlich: Es sollen die bezahlen, die sich in den letzten Jahren eine goldene Nase verdient haben, Kolleginnen und Kollegen!

Da denke ich nicht nur an die Krisengewinnler, die mit dubiosen Maskendeals auf Kosten der Gemeinschaft abgesahnt haben – gerade in meiner bayerischen Heimat.

Ich denke auch an die Unternehmen, die uns die Suppe mit eingebrockt haben und weiterhin riesige Renditen einfahren.

Und an die Superreichen, die an den Finanzmärkten immer noch unanständig viel Geld verdienen.

Die notwendigen Werkzeuge liegen schon im Keller. Wir sollten sie hochholen und entrostet, Kolleginnen und Kollegen!

Es ist höchste Zeit für eine echte Steuerreform. Für eine Reform, die hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker in die Pflicht nimmt!

Es ist höchste Zeit für eine Lastenausgleichsabgabe für die Superreichen in unserem Land!

Wir müssen verhindern, dass – wieder einmal – die Beschäftigten die Zeche für eine gescheiterte Politik und einen aus den Fugen geratenen liberalen Kapitalismus zahlen.

Das müssen wir jetzt angehen und lautstark nach Berlin tragen, Kolleginnen und Kollegen!

Und wir erwarten den fairen Anteil an der Wertschöpfung. Das werden wir in den nächsten Tarifrunden einfordern. An die Adresse der Arbeitgeber sage ich: Wir sind bereit!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben in Deutschland eine starke Industrie. In großen Bereichen haben wir gute tarifliche Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Das ist nicht vom Himmel gefallen, das haben wir erkämpft!

Dienstleistungen fließen in die Produktion ein – von der Logistik über die Unternehmensberatung bis zur Kantine. Und ohne eine gute Verwaltung und soziale Dienstleistungen hätten wir kein Umfeld, in dem es eine Industrie geben könnte.

Lasst uns kämpfen, Kolleginnen und Kollegen!

Führen wir unser Land in eine faire und sichere Zukunft!

Es gibt Lösungen! Für unsere Energieversorgung, unsere Industrien und unsere ganze Gesellschaft!

„GeMAInsam Zukunft“ gestalten – das gilt nicht nur am Tag der Arbeit! Das gilt Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr!

Kolleginnen und Kollegen, der 1. Mai ist ein weiterer Tag, an dem Russland gegen die Ukraine Krieg führt. Lassen wir nicht zu, dass Gewalt und Nationalismus unsere Zukunft bestimmen!

Halten wir zusammen!

Hoch die internationale Solidarität! Glück auf!